

Aktuelle Veröffentlichungen bei Europa Aktuell

Diese und andere Materialien können Sie kostenlos über das Europa-Büro in Saarbrücken bestellen unter 0681/5891331 oder europa-buero@joleinen.de

„Europäischer Grundvertrag und Vertrag über die Politiken der EU“, Jo Leinen

Am 10. Mai hat Jo Leinen einen Vorschlag zur Lösung der Verfassungskrise vorgestellt: die Aufteilung der Europäischen Verfassung in einen Grundvertrag und einen Vertrag über die Politiken der EU. Der kurze Grundvertrag sichert den Inhalt der Verfassung, die Politiken und Arbeitsweisen der EU werden in einen weiteren Vertrag ausgliedert.

Thema Europa: Das 7. Forschungsrahmenprogramm

Mit 55 Mrd. € fördert die EU Forschung und Entwicklung neuer Technologien in den Jahren 2007-2013. Das 7. Forschungsrahmenprogramm finanziert zahlreiche Projekte, auch im Saarland. Dieses Heft stellt die Schwerpunkte der Förderung vor, beschreibt das Antragsverfahren und präsentiert erfolgreiche Projekte aus dem Saarland.

Europarecht im Alltag, 50 Fragen an die Bürgerberaterin der Europäischen Kommission

Kleine Probleme des Alltages sind in der Europäischen Union Gegenstand von Beschwerden, die die Bürgerberaterin der Europäischen Kommission beantwortet. Fragen zu den Themen Reisen, Arbeiten und Wohnen im Ausland, Rechtsschutz, Anerkennung von Ausbildungen oder zur sozialen Sicherheit werden beantwortet. Außerdem werden Rechtsgrundlagen und weiterführende Ansprechpartner genannt.



Zweisprachigkeit

Die Zweisprachigkeit im deutsch-französischen Grenzraum bildet eine Besonderheit unserer Region. Dessen Förderung und Weiterentwicklung betreibt der Verein zur Förderung der Zweisprachigkeit e.V. mit Sitz in Saarbrücken seit dem Jahre 1995.

Der Verein will die kulturellen Beziehungen, insbesondere zwi-

schen dem Saarland und Lothringen ausbauen und zwar durch materielle und ideelle Förderung der Zweisprachigkeit. Er unterstützt durch seine aktiven Mitglieder Projekte in Schulen, Hochschulen, in der Erwachsenenbildung sowie in Kultur und Wissenschaft.

Die Idee, dass Grenzregionen ein privilegierter Ort für Völkerverständigung sind und grenzübergreifende Annäherungen

nicht nur von Regierungen, sondern von Menschen zu Menschen entstehen müssen, sind die Basis der kulturellen Aktivitäten des Vereins.

Weitere Informationen unter: <http://serveroz.is.uni-sb.de/projekte/apb/index.htm>



Europäische Grenzpolizei

Das Europäische Parlament hat die Schaffung eines Europäischen Grenzschutzes auf den Weg gebracht. Flüchtlingsdramen insbesondere an den südeuropäischen Küsten zeigen, dass Solidarität bei der Bewältigung dieses Problems nötig ist. Ein gemeinsamer Grenzschutz

wird illegale Einwanderung nicht vollständig verhindern können, ist aber ein wichtiges Instrument gegen Schlepper und Schleuser. „Eine einheitliche europäische Migrationspolitik ist auch notwendig, damit legale Einwanderung stattfinden kann“, forderte Jo Leinen.

Die europäische Grenzagentur Frontex wird zukünftig über einen Soforteinsatzpool verfügen, um schnell auf Krisen reagieren zu können. Personal und Know-how des Grenzschutzes anderer Länder (so auch der deutschen Bundespolizei) können dann kurzfristig, z.B. in Spanien oder Malta, Unterstützung leisten.

Herausgeber:
Jo Leinen, MdEP
Redaktion:
Steffen Bremeier,
Sandra Weidemann, Jan Kreutz
Europa-Büro Jo Leinen
Talstr. 58
66119 Saarbrücken
Tel: 06 81 / 5 89 13 31
Fax: 06 81 / 5 89 13 32
europa-buero@joleinen.de
Satz:
augenTrick, Vera Spreuer
Völklingen

Druck:
Offset Wollenschneider
Saarbrücken

Bildnachweis:
Europäische Kommission,
Deutsche Post AG,
Deutsche Bahn AG, privat

Juni 2007
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
<http://www.joleinen.de>



Aus dem Inhalt

★ EUROPA AKTUELL

DIE POST BLEIBT GELB S. 2

★ SAARLORLUX

SAARLAND BEKOMMT 300 Mio. € S. 2

★ JO LEINEN VOR ORT

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUGSTREIFEN S. 3

★ BILDUNG

FÖRDERUNG DER ZWEISPRACHIGKEIT S. 4

Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

die Europäische Union wird in Zukunft sozialer und umweltfreundlicher. Es bestehen auch alle Chancen, dass sie handlungsfähiger und bürgernäher wird. Das sind, kurz gesagt, die Ergebnisse des EU-Gipfels unter deutschem Vorsitz vom 21.-23. Juni in Brüssel. Es war ein hartes Stück Arbeit, alle 27 Länder nach zähen Verhandlungen unter einen Hut zu bekommen, damit diese Fortschritte erreicht werden konnten.



Wie törichte Äußerungen aus Warschau zeigen, sind die Dämonen der Vergangenheit noch nicht ganz und auch nicht überall beseitigt. Bedenklich sind auch die zunehmenden Ausnahmeregelungen, die Großbritannien für sich beansprucht.

Trotzdem war der Gipfel ein großer Erfolg. Europa wird nun besser in der Lage sein, die Probleme im Innern wie auch im Äußeren schneller zu lösen. Der Klimaschutz und eine nachhaltige Energiepolitik gehören jetzt zu den Aufgaben der EU. Die EU soll ihre Bürgerinnen und Bürger in Zukunft mehr vor negativen Folgen der Globalisierung schützen. Auch das ist ein wichtiger Punkt, weil unfairer Wettbewerb – insbesondere aus China – schon viele Arbeitsplätze gekostet hat.

In dem neuen Europavertrag werden auch die Dienstleistungen im allgemeinen, öffentlichen Interesse (Daseinsvorsorge) besonders hervorgehoben. Nicht alles soll den Marktgesetzen und dem Preiswettbewerb überlassen wer-



den. Die öffentliche Infrastruktur ist ein Kernelement des europäischen Sozialmodells und muss allen Bürgern überall und zu günstigen Preisen zur Verfügung stehen.

In 40 neuen Politikbereichen wird in Zukunft in der EU mit Mehrheit abgestimmt. Das nationale Veto und damit die Blockademöglichkeit eines Landes gegenüber allen anderen, wird überwunden. Insbesondere bei der Bekämpfung von Kriminalität kann jetzt schneller gehandelt werden.

Auch die Bürgerbeteiligung wird verbessert. Mit einem Europäischen Volksbegehren können die Unionsbürger/-innen künftig jedes Anliegen auf die Tagesordnung der Euro-

papolitik bringen. Die Bürgerkammern - das Europäische Parlament und alle nationalen Parlamente - werden erheblich gestärkt. Mit den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament entscheidet deshalb jede/r mit ihrer/seiner Stimme noch mehr darüber, wie wir in Europa leben und was Europa für die Sicherheit und den Wohlstand machen soll.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Jo Leinen

Die Post bleibt gelb



Manchmal braucht ein Brief etwas länger, aber er kommt an. Das soll so bleiben. Wer verlässliche, flächendeckende und bezahlbare Postdienste in Anspruch nehmen will, fährt mit dem jetzigen System nicht schlecht. Die Beförderung von Standardbriefen bis 50 Gramm ist in Deutschland der Deutschen Post vorbehalten. Daran wird sich bis zum Jahr 2010 nichts ändern, denn das Europäische Parlament hat die Liberalisie-

rung der Postdienste verschoben. Mit gutem Grund: das Versenden und Empfangen von Post ist keine Dienstleistung wie jede andere.

Deutschland sollte die völlige Marktöffnung solange zurücknehmen, bis in allen EU-Staaten gleiche Bedingungen herrschen. Wettbewerbsverzerrungen sind unbedingt zu vermeiden. Soziale Standards und tarifliche Leistungen müssen eingehalten und können nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen werden. Ähnlich wie bei Strom und Telefon drohen sonst Lohn- und Sozialdumping. Darüberhinaus muss die Grundversorgung durch einen Universaldienst sichergestellt bleiben. Dann kommt auch künftig mindestens fünfmal ein Briefträger an jedem Haus vorbei.

★ UMFRAGE

Klimawandel

■ 82% der EU-Bürger glauben, dass sich der Energieverbrauch in ihrem Land negativ auf das Klima auswirkt. Über 70% rechnen mit steigenden Energiepreisen wegen des Klimawandels. Dennoch wird die Stromerzeugung durch Kernenergie kritisch gesehen.

■ Über 60% sehen darin zu große Gefahren. Die Europäer wünschen sich die freie Wahl der Stromversorger (85%) und eine hohe Energieeffizienz bei Haushaltsgeräten sowie bei Wohngebäuden.

■ Eine Mehrheit der Menschen in allen EU-Ländern fordert eine gemeinsame europäische Energiepolitik mit dem Ziel einer klimafreundlichen und kohlenstoffarmen Organisation der Energieerzeugung.

Saarland bekommt 300 Mio. €



Das Saarland steht vor großen Herausforderungen. Dabei hilft die Europäische Union und unterstützt den Strukturwandel mit ca. 300 Mio. Euro in den nächsten sieben Jahren.

Maßnahmen im Bereich Infrastruktur, Gründung von Unternehmen, Forschung, Ausbildung, Qualifizierung, Kultur und gren-

züberschreitende Kooperation werden aus Brüssel gefördert.

Aus dem Europäischen Regionalfonds sollen 200 Mio. Euro ins Saarland fließen und aus dem Europäischen Sozialfonds etwa 90 Mio. Euro. Science Park Saar, Völklinger Hütte, Stadtmitte am Fluss, Gewerbegebiete, Saarterassen, Solarkraftwerk, Soziale Stadt, Bilingualer

Unterricht, Hauptschulabschlusskurse und Fortbildungsangebote für Frauen sind einige Beispiele erfolgreicher Projekte im Saarland.

Mehr darüber im neuen Heft Thema Europa „Strukturförderung“, zu bestellen im Europa-Büro.

★ EUROPA

Billiger Telefonieren in Europa

„Mobilfunkanbieter müssen ab Sommer 2007 die Gebühren für mobiles Telefonieren im Ausland deutlich senken“, sagte Jo Leinen. Die neue EU-Verordnung sieht vor, dass Roaming-Kunden bei angenommenen Anrufen im Ausland mit maximal 24 ct pro Minute (zzgl. Mehrwertsteuer) zur Kasse gebeten werden, während abgehende Anrufe maximal 49 ct kosten dürfen. Das ist erheblich weniger, als die Telefongesellschaften bisher verlangt haben.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher der EU profitieren von den niedrigen Preisen bei Telefonaten; bei SMS und MMS sind die Betreiber allerdings noch nicht zu Preissenkungen verpflichtet. Hier soll eine gesonderte Vereinbarung getroffen werden.

Weitere Kostensenkungen sind nicht ausgeschlossen.

★ PARLAMENT

Ein Konto für ganz Europa



Das Europäische Parlament hat grünes Licht für einen einheitlichen europäischen Zahlungsraum gegeben. Ab 2008 werden bargeldlose Zahlungen in Europa einfacher, schneller und günstiger. In Zukunft reicht ein Konto in einem EU-Mitgliedsstaat, um Bankgeschäfte in ganz Europa zu tätigen. Davon profitieren Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen.

Neu ist ein europäisches Lastschriftverfahren, mit dem Rechnungen in anderen EU-Mitgliedsstaaten problemlos z.B. vom deutschen Konto abge-

bucht werden können. Durch das neue Lastschriftverfahren können Kunden in jedem EU-Mitgliedsland mit ihrer deutschen Bankkarte bezahlen. Man ist also nicht mehr auf eine Kreditkarte angewiesen und braucht auch keine zusätzlichen Auslandsgebühren zu bezahlen.

„Höhere Gebühren für Auslandsüberweisungen oder –abbuchungen sind nicht mehr zulässig“, sagte Jo Leinen.

Ab 2012 geht es noch schneller. Dann soll eine reguläre Überweisung europaweit nur noch einen Tag dauern. Bei Kartenzahlungen und im Lastschriftverfahren müssen die Wertstellungen auf dem Empfängerkonto bereits am nächsten Tag erfolgen.

Mehrkosten durch unterschiedliche Zahlungssysteme in Höhe von 50 bis 100 Milliarden Euro werden zum Nutzen von Verbrauchern und Unternehmen eingespart.

Deutsch-Französische Zugstreifen



Jo Leinen und Günter Waluga bei der Bundespolizei am ehemaligen Grenzübergang Goldene Bremm

Seit Oktober 2006 sind deutsch-französische Zugstreifen im Einsatz. In einem Modellversuch arbeiten die deutsche Bundespolizei und die französische Grenzpolizei PAF Hand in

Hand. Die gemeinsamen Kontrollen in den Zügen geben den Bahnreisenden mehr Sicherheit und schaffen mehr Schutz vor illegaler Einreise. Der Kontakt zu den Polizisten fällt den Rei-

senden leichter, da die sprachlichen Barrieren wegfallen.

Bei einem Besuch der Bundespolizei am Saarbrücker Hauptbahnhof konnte sich der Europaabgeordnete Jo Leinen gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten

Günter Waluga von der hervorragenden Zusammenarbeit der Grenzpolizeien überzeugen. Mit dem Start des Schnellzugs Paris-Frankfurt am 10. Juni 2007 werden erheblich mehr Reisende den Hauptbahnhof Saarbrücken passieren, so dass eine Verstärkung der deutsch-französischen Zugstreifen nötig ist.

Der Besuch am zukünftigen Eurobahnhof hat gezeigt, dass die Bundespolizei zeitgemäße



Jo Leinen mit Beamten von Bundespolizei und französischer Grenzpolizei im ICE.

und akzeptable Räume am Bahnhof benötigt. Die jetzigen Diensträume genügen weder den Wünschen der Reisenden noch den Erfordernissen von mehr Sicherheit im europäischen Bahnverkehr. Der Umbau des Hauptbahnhofes Saarbrücken muss genutzt werden, um eine bürgernahe und sichtbare Präsenz der Bundespolizei im Knotenpunkt des Bahnhofs herzustellen.

★ SAARLORLUX AKTUELL

ICE-Verbindung nach Paris

Der ICE 3 M von Frankfurt nach Paris macht es möglich: in 1h50 Minuten geht es für saarländische Bahnreisende ab Sommer 2007 nach Paris. Als wichtige Achse im europäischen Fernverkehr wurde am 10. Juni die Schnellverbindung von Paris mit dem ICE über das Saarland nach Frankfurt in Betrieb genommen.

„Die Europäische Union unterstützt das Projekt als Bestandteil der sog. Trans-

Europäischen Netze (TEN)“, erklärte Jo Leinen.

Die Verkehrsanbindung des Saarlandes hat sich damit erheblich verbessert. Mit Fertigstellung des Eurobahnhofes präsentiert sich das Saarland als deutsch-französisches Drehkreuz im Herzen Europas. Fünf Zugpaare täglich werden Touristen, Arbeitnehmer, Unternehmer und Wissenschaftler schneller von der Seine an die Saar bringen. „Soyez le bienvenu!“



★ SPLITTER AKTUELL

■ **Übersetzen und Gewinnen!** Zum 50. Geburtstag der EU organisiert die Europäische Kommission einen Übersetzungswettbewerb für junge Leute ab 17 Jahren in allen 23 Amtssprachen. Es gibt zahlreiche Preise zu gewinnen. http://ec.europa.eu/translation/contest/index_de.htm

■ Jährlich 100 Mio. Euro stehen in Deutschland aus dem Pro-

gramm für lebenslanges Lernen zur Verfügung, um Schülern, Studenten, Azubis und Berufsanfängern Bildungsangebote im europäischen Ausland zu ermöglichen. Internationale Schulpartnerschaften werden ebenfalls finanziert.

■ Der Außenhandelsüberschuss Deutschlands innerhalb der EU-25 Staaten belief

sich im Jahr 2005 auf ca. 96 Mrd. €. Der Nettobeitrag Deutschlands zum EU-Haushalt betrug dagegen im Jahr 2005 lediglich ca. 6 Mrd. €.

■ Der Europäische Binnenmarkt ist keine Grundlage für Lohndumping. Der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs hat bestätigt, dass ausländische Unternehmen auch durch Streiks zur

Zahlung der im Inland geltenden Tariflöhne gezwungen werden dürfen. Die europäischen Gewerkschaften können so auch gegen die Verlagerung von Betriebsstätten vorgehen. Die Dienstleistungsfreiheit steht dann zurück, wenn das öffentliche Interesse kollektive Maßnahmen der Gewerkschaften erfordert.